



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND DIE USA

■ ANALYSE		
Russland und die USA: Was kommt nach Sprengköpfen und Ideologien?		2
Fjodor Lukjanov, Moskau		
■ ANALYSE		
Das »Post-START«-Abkommen: Beweggründe und Auswirkungen		5
Marcin Kaczmarek, Warschau		
■ ANALYSE		
START-Nachfolgeverhandlungen: Probleme und Fortschritte		9
Pavel Podvig, Stanford, Kalifornien, USA		
■ TABELLE ZUM TEXT		
Internationale Verbreitung von Nuklearwaffen		13
■ UMFragen		
Wie denken Sie über das atomare Arsenal Russlands?		14
Der Verzicht auf die Aufstellung der Raketenabwehr und die russisch-amerikanischen Beziehungen		15
Die Beziehungen zu den USA		16
Die USA und der Krieg gegen den Terror		17
■ DOKUMENTATION		
Aufklärung der politischen Morde – Für ein rechtsstaatliches Russland!		19
■ CHRONIK		
Vom 24. September bis zum 8. Oktober 2009		20
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS		
Russland-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft		22

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Russland und die USA: Was kommt nach Sprengköpfen und Ideologien?

Fjodor Lukjanov, Moskau

Zusammenfassung

Der Amtsantritt von Barack Obama hat die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen Russland und den USA entspannt, die im Herbst 2008 auf das niedrigste Niveau seit einem Vierteljahrhundert abgesunken waren. Der Beginn der Verhandlungen über einen neuen Vertrag zur Begrenzung der strategischen Atomwaffen, die Einigung über Afghanistan, die Entscheidung Washingtons, die Raketenabwehr in Mitteleuropa nicht aufzustellen sowie eine Annäherung in der Frage des Iran geben Anlass zu Optimismus. Allerdings ist noch immer kein neues Modell für die Kooperation von Moskau und Washington geschaffen worden, das den Realien des 21. Jahrhunderts entspricht und nicht nur ein Echo des Kalten Krieges ist. Zwei Themen, die die Parameter der Beziehungen zwischen Russland und den USA einst bestimmten – nukleare Parität und ideologische Konfrontation – haben ihre frühere Bedeutung verloren. Heute sind beide Mächte daran interessiert, ihre Prioritäten in Hinblick auf regionale Konflikte in Eurasien aufeinander abzustimmen. Eine solche Koordinierung ist möglich, aber bis jetzt gibt es noch nicht einmal den Versuch dazu.

Verkehrte Welt

Fangen wir mit zwei Zitaten an:

Das erste: »Die Demokratie kann keiner Nation von außen aufgezwungen werden. Jede Gesellschaft muss ihren eigenen Weg suchen, und kein Weg ist perfekt. Jedes Land wird einen Weg verfolgen, der in der Kultur seines Volkes und in seinen vergangenen Traditionen verwurzelt ist.«

Das zweite: »Staaten ... müssen soviel wie möglich übereinander wissen und haben das Recht, nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik des jeweils anderen Staates kritisch zu bewerten und vielleicht auch auf die Fehler dieser Politik zu verweisen, wenn sie zu Problemen internationalen Ausmaßes führen kann oder allgemeingültige ethische Normen und Prinzipien des Humanismus ignoriert.«

Das erste Zitat kommt dem Leser ziemlich bekannt vor. Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, zu der Zeit, als in Russland von Seiten des Staates die Ideologie der »souveränen Demokratie« gefördert wurde, hoben hochrangige Repräsentanten des russischen Staates ständig hervor, dass der Weg zur Demokratie [jedes Landes] einzigartig und die Einmischung in innere Angelegenheiten unzulässig sei. Das zweite Zitat gibt fast wörtlich das wieder, was damals aus Washington geantwortet wurde.

Nichts Neues? Fast. Die erste Erklärung stammt vom Präsidenten der USA Barack Obama und ist eine Passage aus einer Rede vor der Generalversammlung der UNO am 23. September 2009. Die zweite ist ein Auszug aus der Rede des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew auf dem Politischen Forum in Jaroslawl am 14. September 2009. Die Präsidenten beider Länder haben die Plätze getauscht.

Heißt das, dass der *reset* zwischen Russland und den USA Resultate zeigt, und zwischen den Staaten gegenseitiges Verständnis entsteht? Nein, diese erstaunliche Verwandlung hat wohl einen anderen Sinn. Die Ideologie, die in den 1990er Jahren und vor allem im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in den Beziehungen beider Länder ständig eine große Rolle spielte, ist jetzt sehr viel weniger wichtig. Nachdem George W. Bush das Weiße Haus verlassen hat, hört man kaum noch Bewertungen des Zustandes von Demokratie und Menschenrechten in Russland. Selbst der jährliche Menschenrechtsbericht des State Department war in diesem Jahr eindeutig von Routine gekennzeichnet und wurde in Moskau kaum bemerkt.

Während seines Besuches in Russland im Juli 2009 vollbrachte Barack Obama wahre Wunder an sprachlicher und politischer Äquilibrium, um das zu sagen, was er über Freiheiten und Rechte sagen musste, aber gleichzeitig nicht das beginnende gegenseitige Einverständnis in prinzipiellen Fragen zu stören. Dies gelang ihm zur Freude der russischen Führung, die sich jetzt sicher genug fühlt, um die Frage nach Offenheit und Vervollkommnung der Demokratie zu stellen; allerdings folgt auf diese Fragestellung bis jetzt noch wenig.

Dieser Umschwung betrifft natürlich nicht nur Russland. Die Regierung Obama hat sich entschieden von der Idee des »Vormarschs der Demokratie« verabschiedet, die der ideologische Dreh- und Angelpunkt für ihre Vorgänger war. Der Grund ist offensichtlich: Die Bilanz des neokonservativen Kurses ist so kläglich, dass Barack Obama das Problem hat, den durch die Republikaner versuchten Schaden irgendwie wiedergutzumachen. In einer solchen Lage gibt es Wichtigeres als die Propaganda von Idealen: Amerika benötigt

Hilfe bei einer langen Reihe von außenpolitischen Problemen und muss diejenigen gewinnen, die diese Hilfe leisten können – unabhängig von ihrer sozialen und politischen Ordnung.

Drei »leichte« Probleme

Russland gehört nicht zufällig zu den vordringlichen Problemen für Obamas neuen Kurs. Es geht nicht darum, dass Washington Moskau für äußerst wichtig hält, sondern eher darum, dass die Strategen der jetzigen Administration beschlossen haben, dass in Anbetracht der großen Anzahl schwer zu lösender Probleme die Herstellung guter Beziehungen mit Russland erstens eher zu erreichen ist (Fortschritt ist hier offensichtlich wahrscheinlicher als z. B. im Nahen Osten) und zweitens einen guten demonstrativen Effekt erzielen kann.

Allem Anschein nach hat sich Obama nicht getäuscht. Bei den russisch-amerikanischen Beziehungen gibt es einige Themen, die das Potenzial haben, schnelle Resultate ohne besonderen Aufwand von beiden Seiten zu erzielen. Diese sind bereits alle in Gang gesetzt.

Erstens geht es um einen neuen Vertrag zum Abbau strategischer Nuklearwaffen als Ersatz für START I, der im Dezember 2009 ausläuft. Um diese Verhandlungen herum kann eine spektakuläre und gewinnbringende Kampagne entfaltet werden – zwei atomare Supermächte nehmen erneut den Abbau ihrer Arsenale in Angriff und rufen andere dazu auf, ihrem Beispiel zu folgen. Die realen Parameter für eine Kürzung können immer auf Zahlen reduziert werden, die von beiden Seiten kaum Konzessionen verlangen. Letzten Endes glauben nicht einmal die aggressivsten Falken wirklich an einen Atomkrieg. Für einen symbolischen Abbau und den Erhalt eines gewissen Grades an Abschreckung gibt es viele Möglichkeiten. Russland und die USA haben nach wie vor sehr viele Sprengköpfe und Trägerraketen, so dass es leicht ist, Möglichkeiten für kosmetische Reduzierungen zu finden. Allen Anzeichen nach werden gerade solche Reduzierungen Inhalt des neuen Vertrages sein, der zum Jahresende fertig sein wird.

Das zweite Thema ist die Frage der Raketenabwehr in Mitteleuropa. Ein technologisch nicht durchdachtes, strategisch sinnloses, teures und politisch provokantes Projekt bietet sich an, aufgegeben zu werden. Dieses bedeutet keinen Verzicht auf die Idee einer Raketenabwehr als solche, stoppt nicht die Entwicklung der Technologie und schließt nicht das Entstehen eines Raketenabwehrschildes in Zukunft aus, erlaubt aber, eine große Geste zu machen und Gegenleistungen zu erwarten. Viele sind in Russland der Meinung, dass Washington auch so diese Initiative von Bush heruntergefahren hätte,

nichtsdestotrotz hat Moskau die Geste gewürdigt und sich verpflichtet gefühlt, sie zu erwidern. Den Kreml hat wohl am meisten die Tatsache beeindruckt, dass der amerikanische Präsident tatsächlich das getan hat, was er versprochen hat. In den Jahren der vorherigen Administration war das für Russland ungewohnt geworden, wie auch die Tatsache, dass die amerikanische Führung überhaupt interessiert, was die anderen Akteure in den internationalen Beziehungen denken.

Wenn allerdings die Arbeit an einer nationalen Raketenverteidigung der USA fortgesetzt wird, d. h., an einem Projekt, dessen Ziel der Schutz Amerikas und seiner militärischen und politischen Verbündeten vor Raketenangriffen ist, kehren wir in naher Zukunft zu der Konfrontation zurück, die noch vor einem Jahr existierte. Die Lösung kann nur in einer gemeinsamen Raketenverteidigung bestehen, was jetzt sowohl in Moskau als auch in Washington und Brüssel diskutiert wird. Wenn diese Erklärungen nicht im Sande verlaufen, ist eine grundlegende Wende in den Beziehungen möglich. Wenn aber die Diskussion über eine gemeinsame Raketenabwehr wieder aufgenommen wird, muss China von Anfang an einbezogen werden; andernfalls wird Peking sie zweifellos als gegen sich gerichtet betrachten. Höchstwahrscheinlich hätte Washington nichts dagegen, die Zusammenarbeit von Moskau und Peking wenigstens etwas zu reduzieren, indem es Russland in ein System hineinzieht, das das Misserfolg Chinas hervorrufen kann. Russland kann sich aber aufgrund objektiver Umstände kein wachsendes Misstrauen in den Beziehungen mit der Volksrepublik China erlauben. Darüber hinaus kann die Stabilität Eurasiens ohne Einbeziehung Pekings einfach nicht erhalten werden.

Drittens: das Problem Afghanistan. Wenn hier die Interessen Russlands und der USA (wie auch aller anderen großen Akteure der Welt- und regionalen Politik bis hin zum Iran) auch nicht übereinstimmen, liegen sie doch nahe beieinander. Niemand ist an einer Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul interessiert; daher widerspricht die Gewährung von Überflugrechten für die US-Luftwaffe, die die Präsidenten Medwedew und Obama in Moskau vereinbart haben, auch nicht den Absichten Russlands und ist eine günstige Gelegenheit, guten Willen zu zeigen.

Allerdings sollte das Interesse Russlands an einem Erfolg der NATO in Afghanistan nicht überbewertet werden. In Moskau ist die Ansicht weit verbreitet, dass die Nordatlantische Allianz und die Vereinigten Staaten früher oder später das Land verlassen müssen, da sie dort nichts erreichen können. In der praktischen Politik geht Russland eher davon aus, dass Amerika und

die NATO in Afghanistan möglichst unterstützt werden müssen, dass sich Russland aber gleichzeitig auf die Situation vorbereiten muss, die in der Region nach ihrem Rückzug eintreten wird. Damit einher gehen die Versuche, die Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit (OVKS) in eine handlungsfähige militärische und politische Allianz zu verwandeln, die nicht nur ein »Klub der Freunde Russlands« ist.

Über diese drei wichtigen Themen hinaus, die aber weder für Moskau noch für Washington die gesamte Agenda bestimmen, ist das Feld für Zusammenarbeit nicht definiert. Die Situation um den Iran macht anschaulich, auf welche objektiven Schwierigkeiten Russland und die USA bei der Suche nach gegenseitiger Verständigung stoßen.

Das iranische Geduldsspiel

Die Verhärtung der russischen Position in der iranischen Frage seit diesem Herbst ist zweifelsohne das Ergebnis der Entscheidung Barack Obamas über das Schicksal der Raketenabwehr in Polen und Tschechien. Moskau hat es für notwendig erachtet, auf diese Freundschaftsgeste positiv zu antworten; allerdings ist es eine Sache, die Idee von Sanktionen zu unterstützen und eine andere, ihrer Einhaltung zuzustimmen. Wenn Washington eine radikale Änderung der russischen Position erwartet, wird es enttäuscht werden. Dies hat nichts damit zu tun, dass Moskau den amerikanischen Partnern eins auswischen will, es ist auch nicht besonderen Sympathien für den Iran geschuldet. Bei der Formulierung ihrer Politik gehen Russland und die Vereinigten Staaten einfach von einem völlig unterschiedlichen Kontext der Beziehungen zu Teheran aus. Amerika betrachtet die Situation von einer globalen Warte, Russland von einer regionalen.

Für die USA ist das Problem Nr. Eins, das an Bedeutung alles andere um eine Größenordnung übertrifft, die Möglichkeit, dass sich der Iran Atomwaffen beschaffen könnte. Das Ergebnis wäre ein Quantensprung in der Bedrohung für Israel, ein Dominoeffekt im gesamten Nahen Osten, mit einem wahrscheinlichen Massenwettbewerb (Saudi Arabien, Ägypten, die Türkei und vielleicht andere), um den Status einer Nuklearmacht, und schließlich ein gravierender Rückgang amerikanischen Einflusses in dieser Schlüsselregion der Welt. Der Einsatz wird noch einmal dadurch erhöht, dass die amerikanische Politik die Verhinderung einer nuklearen Bewaffnung des Iran in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt hat; wenn der Iran trotzdem den Status einer Atommacht erhalten würde, wäre dies ein ernster Schlag für das Prestige der Supermacht. Das wiederum wäre eine Untergrabung ihrer Stellung als Weltmacht.

Auch Russland hält eine Atommacht Iran für eine sehr ungünstige und unerwünschte Entwicklung, aber nicht für so katastrophal wie die Amerikaner. Für Moskau ist der Iran eine benachbarte Regionalmacht, deren Einfluss steigt. Die Erfahrungen der praktischen Zusammenarbeit mit Teheran in der post-sowjetischen Ära sind für Russland eher positiv, wie z. B. die gemeinsame Arbeit, um den Bürgerkrieg in Tadschikistan zu beenden, oder die Zurückhaltung Irans hinsichtlich der Kriege in Tschetschenien.

Dabei hat Teheran potenziell sehr umfangreiche Möglichkeiten, in der russischen Interessenssphäre für Probleme zu sorgen, angefangen mit dem nichtregulierten Status des Kaspischen Meeres, so dass Streit mit dem Iran bedeuten würde, ein weiteres Ungleichgewicht an den russischen Grenzen zu erzeugen. Auch wenn Moskau jetzt nicht unbedingt der Meinung ist, dass Russland zum Ziel für iranische Raketen werden könnte, würde die Wahrscheinlichkeit hierfür in dem Maße steigen, wie sich die Beziehungen verschlechtern. Der Iran hält Russland ohnehin für einen unzuverlässigen Partner, der seine Entscheidungen stets mit Rücksicht auf die Reaktionen der USA und Europas trifft und die iranische Frage im Handel mit den westlichen Staaten als Wechselgeld benutzt.

Die Verhandlungen in Genf, die auf den neuerlichen Ausbruch der Leidenschaften um die iranische Frage folgten, haben die Hoffnung auf koordinierte Handlungen geweckt, bei denen jede Seite eine positive Rolle spielen kann; die iranische Diplomatie hat aber reiche Erfahrung mit Täuschung und dem geschickten Spiel mit Widersprüchen, indem sie der Frage ständig neue Wendungen gibt.

Die Berücksichtigung der Interessen

Trotz der objektiven Differenzen Russlands und der USA in der iranischen Frage markiert die Tatsache, dass diese überhaupt diskutiert wird, eine neue Grundlage für die Beziehungen. Diese Basis liegt im Bereich der Koordination der regionalen Interessen.

Wenn man die außenpolitischen Prioritäten der Vereinigten Staaten und Russlands vergleicht, wird offenbar, dass sie strukturell und geografisch gesehen ähnlich sind, sich inhaltlich allerdings sehr voneinander unterscheiden. Im Mittelpunkt des Interesses beider Staaten stehen regionale Konflikte, von denen viele potenziell zu globalen Konflikten werden können. Die Listen sind aber unterschiedlich: Für Washington sind es vor allem der Iran, Afghanistan, eine Lösung für den Nahostkonflikt und Nordkorea, für Moskau die Ukraine, Zentralasien und der Kaukasus. Amerikanische Prioritäten befinden

sich auch in der russischen Liste, haben aber eine sehr viel geringere Priorität, und umgekehrt.

Sowohl in Moskau als auch in Washington fehlt das Verständnis dafür, dass die gesamte Palette regionaler Konflikte in einem einheitlichen Kontext betrachtet werden sollte, da dann in jedem konkreten Einzelfall mehr Spielraum entstehen würde. Es geht hierbei nicht einmal nur um Koordinierung und Austausch, sondern darum, dass dies methodisch gesehen sehr viel korrekter wäre; wenn man nämlich die existierenden konkreten Herausforderungen verallgemeinert, ergibt sich eine strukturelle Herausforderung: die Sicherung der Stabilität in Eurasien, wo mit dem Verschwinden der UdSSR und dem Ende der ideologischen Konfrontation der systembildende Dreh- und Angelpunkt verloren gegangen ist.

Insgesamt zwingen die globalen politischen Tendenzen, die sich schon zu Anfang des 21. Jahrhunderts abzeichneten und durch die Krise verschärft worden sind, Washington dazu, intensiv nach neuen Ansätzen zu suchen. In diesem Kontext können auch die Beziehungen zu Russland gesehen werden.

Trotz der vielen Schwächen, die die zukünftige Entwicklung des Staates bedrohen, ist Russland eines der

wenigen übriggebliebenen Länder, das über eine strategische Denkweise, strategisches Potenzial und die Fähigkeit, Macht anzuwenden, verfügt. Europa hat diese Eigenschaft verloren, während China sich auf die eigene Entwicklung konzentriert, zumindest vorerst. Dies macht Moskau sowohl zu einem wahrscheinlichen Gegner als auch zu einem möglichen wichtigen Partner Washingtons.

Für eine Partnerschaft müssen sich beide Seiten über die ideologischen Vorstellungen früherer Epochen hinaus bewegen. Die Logik des Nullsummenspiels dominiert in den Beziehungen, die gegenseitigen Interessen werden nur minimal berücksichtigt. Eine Abstimmung der Interessen ist aber möglich, da viele von ihnen im Hinblick auf die Prioritäten nicht übereinstimmen, so dass jede Seite bei zweitrangigen Fragen Zugeständnisse machen kann, um lebenswichtige Probleme zu lösen. Dies ist allerdings nur realistisch, wenn die Trägheit des Kalten Krieges endgültig dem Verständnis Platz macht, dass die Welt des 21. Jahrhunderts sowohl für die USA als auch für Russland eine gänzlich andere sein wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Über den Autor:

Fjodor Lukjanov ist Chefredakteur der Zeitschrift »Russia in Global Affairs«.

Analyse

Das »Post-START«-Abkommen: Beweggründe und Auswirkungen

Marcin Kaczmarek, Warschau

Zusammenfassung

Mit dem Amtsantritt der neuen Administration Barack Obamas ist es Russland gelungen, die Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA wieder in Gang zu bringen. Das »Post-START« [*Strategic Arms Reduction Treaty, Vertrag zur Verringerung der Strategischen Nuklearwaffen*]-Abkommen soll Moskau den Status einer globalen Großmacht, strategische Stabilität, die Gleichstellung mit den USA sowie wirtschaftliche und Sicherheitszugewinne bringen. Trotz bestehender Differenzen läuft der neue Vertrag auf eine *win-win*-Situation hinaus, so dass er sehr wahrscheinlich zustande kommen wird. Dennoch kann man nicht davon ausgehen, dass »Post-START« einen *spill-over*-Effekt schafft, der die gesamte Dynamik der russisch-amerikanischen Beziehungen verändert. Genausowenig ist nicht garantiert, dass das Abkommen einer weiteren Abrüstung den Weg ebnet. Vielmehr könnte es der Haupt- und einzige Erfolg der »Reset«-Politik bleiben.

Moskaus langer Weg bis zur Wiederaufnahme der Rüstungskontrolle mit den USA

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war das atomare Gleichgewicht mit den USA der einzige Faktor, durch den sich die Ansprüche des neuen Russland

auf einen Großmachtstatus wirklich begründen ließen. Trotz aller Schwäche war die Russische Föderation der einzige Staat, der den USA verheerenden Schaden zufügen konnte. In den turbulenten 1990er Jahren sah die Russische Föderation ihre Atomwaffen als Grundpfeiler ihrer Sicherheitspolitik und als fundamentale Garan-

ten ihrer Souveränität sowie ihrer territorialen Integrität. Während der Präsidentschaften von George Bush Senior und Bill Clinton zeigten die USA großes Verständnis für die russische Überempfindlichkeit im Bereich strategischer Stabilität und führten endlose Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen (Zusätze zu START II und Vorbereitung für einen START III-Vertrag). Die USA strebten danach, das russische Atomarsenal zu reduzieren und in erheblichem Maße zu kontrollieren. Moskau versuchte seinerseits eine Verhandlungsposition zu gewinnen, indem es die Ratifizierung von START II nutzte.

Als George W. Bush jr. das Präsidentenamt übernahm, setzte eine Entwicklung ein, die den aus dem Kalten Krieg ererbten Status Quo veränderte. Ablehnung von Rüstungskontrolle war ein Schlüsselmoment des wachsenden Unilateralismus der USA. Zwei schwere Schläge für das atomare Gleichgewicht zwischen Russland und den USA (und indirekt auf die strategische Stabilität) waren die Kündigung des ABM [*Anti Ballistic Missile, anti-ballistische Raketen*]-Vertrags durch die USA (im Dezember 2001, in Kraft getreten im Juni 2002) sowie – paradoxerweise – der Abschluss des SORT-Vertrags [*Strategic Offensive Reductions Treaty, Vertrag zur Reduzierung Strategischer Offensivwaffen*] (auch bekannt als Moskauer Abkommen). Die Eckdaten reduzierten diesen Vertrag auf reine Symbolik – die Höhe der Reduzierung blieb unpräzise (zwischen 1.700 und 2.200 Sprengköpfe), die Struktur der nuklearen Triade wurde nicht definiert und der Vertrag sah keine Verifikationsmaßnahmen vor. In der Praxis begannen die USA eine Politik unilateraler Rüstungskontrolle, indem sie das Potenzial ihrer Atomwaffen an den Erfordernissen einer globalen Vormachtstellung ausrichteten (vgl. das Konzept des *global strike*). Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems folgten, die eine dritte Raketenstellung in Polen und der Tschechischen Republik vorsah, was verärgerte Reaktionen bei der russischen Elite hervorrief. Amerikanische Analysten gingen soweit, den Beginn einer atomaren Vormachtstellung Amerikas zu verkünden: Der schlechte Zustand des alternden russischen Atomarsenals und ein wirkungsvolles [US-amerikanisches] Raketenabwehrsystem annulliere Russlands Zweitschlagfähigkeit, argumentierten sie. So übertrieben das auch war – solche Meinungen waren ein Indikator der zunehmenden Asymmetrie in den russisch-amerikanischen strategischen Beziehungen.

Seither ist Russland bestrebt, beide Tendenzen umzukehren und Einfluss auf die amerikanischen Raketenabwehrpläne und die amerikanischen strategischen Waffen zu gewinnen. Die Notwendigkeit einer Rückkehr

zu einer Politik der strategischen Rüstungskontrolle war eines der Hauptthemen von Putins Rede bei der Sicherheitskonferenz 2007 in München. Die Bemühungen zur Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen mit den USA hatten Erfolg, als Barack Obama ins Amt kam. Die Waffenkontrolllobby gewann in der amerikanischen Politik die Oberhand, die Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche mit Russland passte perfekt zu Obamas Idee von einer kernwaffenfreien Weltordnung. Verhandlungen über ein Abkommen, das das im Dezember 2009 auslaufende START I-Abkommen ersetzen würde, dominierten die »Reset«-Agenda. Seit Mai 2009 fanden mehrere Gesprächsrunden statt und während des Moskauer Gipfeltreffens im Juli einigten sich die beiden Präsidenten auf grundlegende Parameter des neuen »Post-START«-Abkommens.

Beweggründe hinter den »Post-START«-Verhandlungen – das Streben nach Status-, Sicherheits- und ökonomischen Zugewinnen

Das »Post-START«-Abkommen bricht mit der Logik des Nullsummenspiels, das die russisch-amerikanischen Beziehungen in den gesamten letzten Jahren dominiert hat. Das neue Abkommen könnte eine *win-win*-Situation schaffen. Moskau wird durch das neue Abkommen allerdings immer noch die größeren Gewinne erzielen – so es seine Forderungen durchsetzen kann. Aus Moskaus Perspektive geht es um Status, strategische Stabilität und atomares Gleichgewicht mit den USA genauso wie um wirtschaftliche und Sicherheitszugewinne.

Der Großmachtstatus ist nach wie vor eine der bestimmenden Triebkräfte russischer Außenpolitik. Der Abschluss eines Vertrags, der das atomare Gleichgewicht zwischen Russland und den USA bestätigt und die strategische Stabilität festigt, wäre ein starkes Symbol für Russlands Rückkehr als globale Großmacht, die allein den USA den Vorrang einräumen muss – und in einigen Feldern nicht einmal diesen. Gleichzeitig würde er die Richtigkeit der russischen Politik des Widerstands gegen den Unilateralismus von Präsident Bush jr. bestätigen.

Strategische Stabilität gegenüber den USA ist ein weiteres Element des russischen Selbstbilds und ein Eckpfeiler der russischen globalen Sicherheitspolitik. Auch wenn Moskau die numerische Parität mit den USA nicht finanzieren kann (und das neue Abkommen sieht Unterschiede bei der Anzahl von Sprengköpfen und Trägersystemen vor), strebt es nach wie vor ein qualitatives Gleichgewicht an. Indem Russland auf die Wiederaufnahme der Rüstungskontrolle durch die USA drängte, auf die Erhaltung der strategischen Stabilität und die

Begrenzung von Raketenabwehrplänen, hat es auch ein Problem seiner nationalen Sicherheit thematisiert, das nach wie vor ungelöst ist. Es war immer fraglich, ob das bescheidene amerikanische Flugphasen-Raketenabwehrsystem angesichts des enormen Atomarsenals Russlands in der Lage wäre, die strategische Stabilität zwischen Russland und den USA aufzuheben. Doch Moskau schaute mit Argwohn auf die Expansionsmöglichkeiten des Systems, die den Vereinigten Staaten eine Art Vorrang würde verschaffen können (obwohl es zweifelhaft ist, ob selbst ein erweitertes System Moskau seine Zweitschlagkapazität nehmen könnte).

Erhoffte wirtschaftliche Vorteile sind ein weiteres Motiv der russischen Bemühungen um ein »Post-START«-Abkommen. Ziel ist die Reduzierung der Kosten für Unterhalt und Modernisierung des russischen Atomarsenals. Moskau kann es sich nicht leisten, alle Sprengköpfe und Raketen durch neue Modelle zu ersetzen und hat Schwierigkeiten bei der Entwicklung neuer Raketen.

Obwohl die Vorteile für die russische Seite überwiegen, sind auch die USA aus mehreren Gründen an einem Abschluss des neuen Abkommens interessiert. Der Vertrag, der eine Verminderung des russischen Arsenal mit Verifikationsmaßnahmen verbindet, wird den USA einen gewissen Einfluss auf das russische Atomarsenal verschaffen und laufend aktuelle Informationen liefern. Washington erwartet darüber hinaus auch Zugeständnisse in anderen Bereichen.

Nicht-strukturelle Gründe auf der amerikanischen Seite dürfen nicht verschwiegen werden. Die neue Administration sieht das Abkommen als ersten Schritt der Realisierung von Präsident Obamas fixer Idee einer atomwaffenfreien Welt. Außerdem sind die Stärke der Waffenkontrolllobby und das teilweise Versagen der Idee der Raketenabwehr für das US-Engagement in den »Post-START«-Verhandlungen verantwortlich. Und schließlich sucht die Administration dringend nach einem klaren außenpolitischen Erfolg.

Die Verhandlungen – Perspektiven auf einen Abbau der Differenzen

Sämtliche genannte Faktoren haben den Verhandlungsprozess nicht einfacher gemacht. Beide Seiten haben die Deadline vor Augen (den 5. Dezember), doch wichtige Differenzen bestehen fort. Es ist ganz klar, dass Russland und die USA es nicht bis zum 5. Dezember schaffen, das Abkommen zu ratifizieren; seine Unterzeichnung wäre allerdings ausreichend (es könnte ein vorläufiges Inkrafttreten vorsehen).

Die Hauptdifferenzen sind folgende: Regeln zur Zählung von Sprengköpfen und Trägersystemen; der

Zusammenhang von Offensiv- und Defensivwaffen; der konventionelle Einsatz strategischer Waffen und Möglichkeiten des »Downloading« [d. h., einer Reduzierung von atomaren Sprengköpfen auf ballistischen Raketen, die mehrere Sprengköpfe haben]. Russland würde es vorziehen, das Grundgerüst des START-Abkommens zu übernehmen, das eine irreversible Reduzierung der Anzahl der atomaren Sprengköpfe auf eine gewisse Höchstgrenze vorsieht (die Russische Föderation lehnt die Lagerung von Sprengköpfen in Depots ab). Russland strebt außerdem eine Beibehaltung der zahlenmäßigen Begrenzung von Trägersystemen an (strategische Bomber, Interkontinentalraketen, U-Boote mit ballistischen Raketen). Die USA präferieren dagegen die Begrenzung nur jener Sprengköpfe, die tatsächlich auf Trägersystemen installiert sind; die restlichen sollten weiterhin auf Vorrat gelagert werden können. Das würde die Ausstattung einiger Trägermittel mit konventionellen Waffen erlauben, während gleichzeitig die Fähigkeit zu einer flexiblen Vergrößerung des Atomarsenals bestehen bliebe – eine Möglichkeit, die Russland ernsthaft besorgt.

Eine Übereinkunft über grundlegende Parameter des »Post-START«-Abkommens, die von den Präsidenten Medwedew und Obama während eines Gipfels im Juli unterzeichnet wurde, hat zur Lösung dieser grundlegenden Probleme nicht viel beigetragen. Beide Parteien einigten sich darauf, die Anzahl der Sprengköpfe im Laufe von sieben Jahren auf 1.500 bis 1.675 zu reduzieren. Die Übereinkunft sieht außerdem eine Reduzierung der Trägermittel auf 500 bis 1.100 vor. Zudem hält sie fest, dass das neue Abkommen Bestimmungen zum Verhältnis von offensiven und defensiven strategischen Potenzialen enthalten soll, ohne deren Form zu spezifizieren.

Der (begrenzte?) Einfluss des »Post-START«-Abkommens auf die russisch-amerikanischen Beziehungen

Die Differenzen sind zwar noch nicht beigelegt, die USA haben die Verhandlungen jedoch anscheinend deutlich erleichtert, indem sie von ihrem Plan zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Mitteleuropa abgerückt sind. Damit wurde einer gemeinsamen Position beider Parteien in Bezug auf die Kopplung offensiver und defensiver Potenziale der Weg geebnet. Die Haltung Russlands ist dadurch jedoch noch nicht bestimmt – ob es weitere Zugeständnisse zu erreichen versucht oder ob es einen Schritt zurück macht und einigen der amerikanischen Postulate zustimmt. Trotz der verbleibenden Differenzen ist ein Abschluss des »Post-START«-Abkommens sehr wahrscheinlich. Zwei weitere Fra-

gen bleiben aber offen: die Ratifizierung durch den US-Senat und die allgemeinen Auswirkungen des zu erwartenden Abkommens auf die russisch-amerikanischen Beziehungen.

Der Widerstand gegen das »Post-START«-Abkommen scheint in den USA größer zu sein. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen lehnen einzelne Regelungen, die sie als zu weitgehende Zugeständnisse ansehen, ab – wenn nicht das gesamte Abkommen. Es wird für Präsident Obama schwierig werden, den Senat zu überzeugen, vor allem, wenn Moskau an seiner sehr entschiedenen Politik festhält. In Russland hingegen sehen die meisten Beobachter das Abkommen als notwendig an und die Duma wird nach wie vor vollständig vom Kream kontrolliert.

Die Auswirkungen des »Post-START«-Abkommens auf die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Washington sind um einiges schwerer abzuschätzen. Das Thema Rüstungskontrolle ist noch das geringste Problem, von dem die russisch-amerikanischen Beziehungen überschattet werden. Die Frage, ob das neue Abkommen die gesamte Dynamik der russisch-amerikanischen Post-Kalter Krieg-Beziehungen verändern wird, bleibt offen. Die USA scheinen vom »Post-START«-Abkommen einen Katalysator- und einen *spill-over*-Effekt auf andere Bereiche zu erwarten. Es ist jedoch genauso gut möglich, dass das Abkommen der einzige Erfolg der durch die Obama-Administration ausgerufenen Politik des »Reset« bleibt. Die relative Übereinstimmung in den Interessen beider Parteien, wie sie im Bereich der Rüstungskontrolle zu beobachten ist, gibt es bei anderen Themen nicht, insbesondere nicht in der Haltung zum postsowjetischen Raum.

Die Auswirkungen weltweiter Rüstungskontrolle

Die Auswirkungen des »Post-START«-Abkommens betreffen nicht nur die bilateralen russisch-amerikanischen Beziehungen. In Bezug auf Rüstungskontrolle und Abrüstung ist die Rückkehr der USA und Russlands zu einem rechtlichen Rahmen wichtiger als die Reduzierung selbst. Die Anzahl der Sprengköpfe wird voraussichtlich

bei über 1.500 verbleiben (der SORT-Vertrag sah zwischen 1.700 und 2.200 Sprengköpfe vor), was bedeutet, dass beide Staaten immer noch eine *overkill*-Kapazität besitzen. Trotzdem – und entgegen den Erwartungen der Obama-Administration und Obamas selbst – wird mit dem Abkommen kein neues Zeitalter der Rüstungskontrolle und der Abrüstung anbrechen und auch den weltweiten Prozess der Rüstungskontrolle wird es nicht vorantreiben. Am Rande der »Post-START«-Verhandlungen erläuterten russische Delegierte, unter ihnen Präsident Dimitri Medwedew, die sich entwickelnde Annäherung an eine Rüstungskontrolle. Moskau möchte den Geltungsbereich der bereits stattfindenden strategischen Gespräche ausweiten und schlug vor, die Atomarsenale schwächerer Mächte (China, Frankreich und Großbritannien) in gleichem Maße wie die russisch-amerikanischen zu reduzieren, um im Falle weiterer Kürzungen das Kräfteverhältnis beizubehalten (wie bei der Washingtoner Flottenkonferenz von 1922). Ein weiterer Vorschlag Moskaus ist die Multilateralisierung des INF-Vertrags [*Intermediate Range Nuclear Forces, nukleare Mittelstreckensysteme*]. Aus diesen Vorschlägen geht hervor, dass Russland eher die momentane Situation im Bereich strategischer Waffen zu erhalten versucht, als die Option völliger Atomwaffenfreiheit zu verfolgen.

Resümee

Das hauptsächliche Paradoxon besteht darin, dass sich die USA so verhalten, als ob sie ein »Post-START«-Abkommen dringender als Russland benötigten, obwohl Russland dadurch mehr zu gewinnen hat. Die Obama-Administration benötigt einen spektakulären Erfolg, den sie der Öffentlichkeit in Amerika als Beweis für die Richtigkeit der Post-Bush-Außenpolitik präsentieren kann. Russland ist sich dieser Situation bewusst: Sie könnte den Kream zu härteren Verhandlungspositionen bewegen. Andererseits muss Russland klar sein, dass ein Abkommen, das als Schwächung von Amerikas nationaler Sicherheit wahrgenommen wird, im Senat zweifelsfrei scheitern wird. Und das ist eindeutig nicht in Russlands Interesse.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Marcin Kaczmarek promovierte 2007 in Politologie an der Universität Warschau und ist Analyst der Russlandabteilung des Warschauer Zentrums für Osteuropastudien (OSW) und Assistant Professor am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Warschau.

Lesetipps:

www.armscontrol.org – Webseite und Onlineausgabe von *Arms Control Today*

www.carnegie.ru – Webseite der Carnegie Stiftung in Moskau mit dem größten Fachwissen über die russische Atompolitik

Analyse

START-Nachfolgeverhandlungen: Probleme und Fortschritte

Pavel Podvig, Stanford, Kalifornien, USA

Zusammenfassung

Nach der Amtsübernahme durch Obama haben zwischen Russland und den USA Gespräche über ein START-Nachfolgeabkommen begonnen, das wohl vor dem Auslaufen des START-Abkommens am 5. Dezember 2009 unterzeichnet werden wird. Derzeit bestehen jedoch noch eine Reihe von Problemen, die in Verhandlungen zu lösen sind. Wenn das neue Abkommen die strategischen Kräfte auf die 1.500 bis 1.675 Sprengköpfe beschränken soll, auf die man sich im Juli 2009 geeinigt hat, muss es die strikten Zählungsregularien des START-Abkommens lockern und sich stattdessen auf eine der Versionen der US-Definition von »operativ einsatzbereiten Sprengköpfen« einlassen, die im Kontext des Moskauer Abkommens verwendet worden sind. Gravierend ist die Uneinigkeit über die Anzahl der Trägersysteme. Nachvollziehbarerweise versuchte jede Seite, eine Obergrenze durchzusetzen, die den eigenen Plänen entspricht. Es ist wahrscheinlich, dass im Abkommen ein Kompromiss festgeschrieben wird, der die Obergrenze bei weniger als 1.100 ansetzt, den Vereinigten Staaten allerdings erlaubt, einige der Trägersysteme aus der Zählung des Vertrags herauszunehmen, indem sie beweisen, dass diese bereits umgerüstet wurden und atomar nicht mehr eingesetzt werden können.

Rückkehr zur Rüstungskontrolle

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass auch nur einer derjenigen, die bei der Unterzeichnung des *Strategic Arms Reduction Treaty* (START-Abkommen) in Moskau 1991 anwesend waren, erwartete, dass dieser Vertrag die gesamten anvisierten 15 Jahre Laufzeit über in Kraft bleiben würde. Die Laufzeit war lang genug gehalten, um den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Gelegenheit zu geben, ein neues Abkommen auszuhandeln, das das START-Abkommen ablösen und die beiden atomaren Supermächte auf einen weitergehenden Abbau ihrer atomaren Kräfte verpflichten sollte. Die Verhandlungen über diesen Abbau entpuppten sich jedoch als ziemlich schwierig, da er eine Unmenge von Fragen über die Natur der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die Rolle der Atomwaffen in dieser Beziehung, nationale Sicherheit im Allgemeinen sowie die Bedeutung von Raketenabwehr und das Gleichgewicht der konventionellen Kräfte aufwarf. All diese Themen standen in den letzten zwanzig Jahren im Zentrum der Debatte um internationale Sicherheit und die amerikanisch-russischen Beziehungen und spielen in der einen oder anderen Form in der momentanen Runde der Rüstungskontrollgespräche eine Rolle.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Rüstungskontrolle keineswegs die wichtigste Aufgabe der neuen russischen Führung gewesen, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Übergangs in die Marktwirtschaft auseinanderzusetzen hatte. Auch die Vereinigten Staaten räumten der Rüstungskontrolle keine hohe Prio-

rität ein und konzentrierten sich stattdessen auf die scheinbar wachsende Bedrohung durch Drittländer. Versuche der Ratifizierung des START II-Abkommens, das von den Vereinigten Staaten und Russland 1993 unterzeichnet worden war, blieben erfolglos – hauptsächlich wegen Bedenken, die Moskau bezüglich des wachsenden Ungleichgewichts gegenüber den Vereinigten Staaten hegte. Diese wurden durch das amerikanische Streben nach nationaler Raketenabwehr und durch die wirtschaftlichen Probleme Russlands noch verstärkt. 2002 wurden die Ratifizierungsversuche endgültig aufgegeben – als sich die Bush-Administration aus dem ABM-Vertrag zurückzog und eine Politik verfolgte, die auf den unilateralen Abbau von Atomwaffen setzte und den Wert von Rüstungskontrollverträgen im Allgemeinen zurückwies. Als Ersatz für START II unterzeichneten die Vereinigten Staaten und Russland im Mai 2002 den *Strategic Offensive Reduction Treaty* (SORT oder Moskauer Abkommen), der die Vertragspartner vordergründig auf eine weitere Reduzierung verpflichtete, tatsächlich jedoch niemals darauf angelegt gewesen war, über die unilateralen Vorhaben beider Seiten hinauszugehen. Zudem stellte das Moskauer Abkommen keinen eigenen rechtlichen Rahmen zur Verfügung, sondern beruhte auf dem durch das START-Abkommen geschaffenen. Das START-Abkommen ist daher noch immer die einzige substantielle Rüstungskontrolle, die es heute gibt und wenn der Vertrag im Dezember 2009 ausläuft, gibt es zwischen den Vereinigten Staaten und Russland keine bilateralen Rüstungskontroll- und Abrüstungs-

verpflichtungen in Bezug auf ihre strategischen Atomarsenale mehr.

Auf dem Weg zu einem neuen Abkommen

Die ersten Versuche, über ein Abkommen zum Ersatz des START-Abkommens zu verhandeln, fanden während der letzten Jahre der Bush-Administration statt. Der US- und der russische Präsident verpflichteten sich jedoch erst nach dem Regierungswechsel in Washington – bei ihrem ersten Treffen im April 2009 – eindeutig auf einen »nachweislichen Abbau [ihrer] strategischen Angriffsarsenale«, der mit Verhandlungen über einen neuen Rüstungskontrollvertrag, bekannt als START-Nachfolgeabkommen, beginnen würde. Es soll festgehalten werden, dass der Umfang der Rüstungskontrollverhandlungen zu diesem Zeitpunkt ziemlich gering war – sie sollten ausschließlich strategische Waffen betreffen; taktische Atomwaffen sollten in den Gesprächen nicht vorkommen und auch der Bereich Raketenabwehr war offiziell nicht Gegenstand der Verhandlungen.

Ein detaillierterer Umriss des zukünftigen Abkommens wurde auf dem amerikanisch-russischen Gipfel erreicht, der im Juli 2009 in Moskau stattfand: Das Abkommen soll die beiden Länder zu einem Abbau ihrer Waffen auf 500 bis 1.100 strategische Trägersysteme und 1.500 bis 1.650 Sprengköpfe verpflichten. Die Spannen spiegeln die momentanen Differenzen wieder und sollen im endgültigen Text deutlich kleiner sein. Das Abkommen wird keine separaten Obergrenzen für die einzelnen Bestandteile der strategischen Triade beinhalten, so dass es jeder Seite freisteht, selbst über die Größe ihrer atomaren Kraft zu entscheiden.

Der vorgesehene Abbau stellt auf den ersten Blick einen deutlichen Fortschritt im Vergleich zum START-Abkommen dar, das die Anzahl der strategischen Trägersysteme und der Sprengköpfe auf 1.600 bzw. 6.000 begrenzt hat. Er scheint auch über das Moskauer Abkommen hinauszugehen, das eine Obergrenze von 1.700 bis 2.200 strategischen Sprengköpfen festgeschrieben hat (für Trägersysteme gab es keine separate Obergrenze). Tatsächlich wird der Abbau allerdings wesentlich geringer sein, vor allem auf Seiten der USA, die unterschiedlichen Zahlen gehen nämlich weniger auf tatsächliche Reduzierungen als vielmehr auf veränderte Definitionen zurück.

Sprengköpfe und *uploading* – neue Zählweisen

Im START-Abkommen werden strategische Trägersysteme und Sprengköpfe nach einem Regelwerk gezählt, das entwickelt wurde, um sicherzustellen, dass keine

Seite ihr strategisches Potential schnell wiederherstellen kann. In diesen Regeln kommt das Ausmaß des Misstrauens zum Ausdruck, das zu der Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und Russland herrschte; sie stellten aber sicher, dass die im Vertrag festgehaltenen Zahlen genau mit der maximalen Anzahl von Sprengköpfen, die ein Land einsetzen kann, übereinstimmen. Andererseits erschweren sie einen weitreichenden Abbau, indem sie in den meisten Fällen die physische Vernichtung der Trägersysteme vorschreiben. Nach dem Erreichen der START-Grenzwerte setzten die Vereinigten Staaten und Russland die Reduzierung ihrer Arsenale fort – dieser Prozess war im Moskauer Abkommen festgeschrieben worden –, sie handhabten ihn allerdings unterschiedlich und so entstand ein Ungleichgewicht bei der als *uploading potential* [d. h., es werden Sprengköpfe von ballistischen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen entfernt, die relativ leicht wieder anmontiert werden können] bekannt gewordenen Fähigkeit, jene Stärke wiederherzustellen, deren Begrenzung das START-Abkommen angestrebt hatte.

Wenn das neue Abkommen die strategischen Kräfte auf die 1.500 bis 1.675 Sprengköpfe beschränken soll, auf die man sich im Juli 2009 geeinigt hat, muss es die strikten Zählungsregularien des START-Abkommens lockern und sich stattdessen auf eine der Versionen der US-Definition von »operativ einsatzbereiten Sprengköpfen« einlassen, die im Kontext des Moskauer Abkommens verwendet worden sind (diese Definition hat Russland noch nicht formal anerkannt). Laut dem START-Datenaustausch vom Januar 2009 verfügten die Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt über 5.576 strategische atomare Sprengköpfe und 1.198 zugehörige Trägersysteme. Die Anzahl der tatsächlich operativ einsatzbereiten Sprengköpfe war deutlich niedriger – Schätzungen zufolge lag sie Anfang 2009 bei etwa 2.200. Im Falle Russlands ist die Differenz kleiner, existiert aber dennoch – es gab an, 3.909 Sprengköpfe, ausgestattet mit 814 Trägersystemen, zu besitzen, wobei die Anzahl der operativ einsatzbereiten Sprengköpfe auf etwa 2.800 geschätzt wird. Wichtiger noch ist, dass in den Vereinigten Staaten ein Großteil der Differenz zwischen der START-Zählweise und den als operativ einsatzbereit gezählten Sprengköpfen auf leicht rückgängig zu machenden Maßnahmen beruht, wie etwa auf der Entfernung einiger Sprengköpfe von ballistischen Raketen. Die meisten *Minuteman III*-Interkontinentalraketen (ICBM) – die drei Sprengköpfe tragen können – sind derzeit beispielsweise nur mit einem ausgestattet; die U-Boot gestützten *Trident II*-Raketen (SLBM) sind mit vier Sprengköpfen ausgestattet, obwohl sie acht tragen kön-

nen. Die Vereinigten Staaten bewahren aus politischen Gründen Sprengköpfe, um über eben diese Option zur Wiederherstellung bzw. oben erklärten Wiederaufrüstung von Trägersystemen zu verfügen. In Russland geht die Differenz vorrangig auf das langsame Tempo der Vernichtung alter Trägersysteme zurück, so dass hier keine nennenswerte Wiederherstellungs-Fähigkeit existiert.

Auch wenn unklar ist, ob das *upload potential* der Vereinigten Staaten von praktischer Relevanz ist, bringt Russland dieses Thema seit langem in die Verhandlungen ein und besteht darauf, dass ein neuer Vertrag in jedem Fall Maßnahmen zur Begrenzung der Wiederherstellungs-Fähigkeit der Vereinigten Staaten beinhalten soll. Eine mögliche Regelung könnte sein, die Zählungsregularien und -bedingungen aus dem START-Abkommen beizubehalten. Da das neue Abkommen jedoch, wie oben erwähnt, voraussichtlich eine Obergrenze von etwa 1500 Sprengköpfen vorsehen wird, wird es definitiv nur die Zahl der operativ einsatzbereiten Sprengköpfe begrenzen – was wiederum bedeutet, dass die START-Zählungsregularien aufgegeben werden müssten. Um den russischen Forderungen nach Regeln zur Begrenzung des *upload potentials* zu entsprechen, wird das neue Abkommen eine separate Obergrenze für die Zahl der strategischen Trägersystemen vorsehen müssen.

Uneinigkeit über die Anzahl der Trägersysteme

Mittlerweile haben beide Seiten das Konzept einer Begrenzung der Trägersysteme akzeptiert; um von Bedeutung zu sein, muss ihre Obergrenze jedoch relativ niedrig angesetzt werden. Die Uneinigkeit über die Anzahl der Trägersysteme – die im Juli im Statement der Präsidenten zum Ausdruck gebracht wurde – ist daher besonders weitgehend. Russland bestand darauf, ihre Obergrenze am unteren Ende der Skala anzusiedeln – bei etwa 500 Trägersystemen – während die Vereinigten Staaten ihre Anzahl bei etwa 1.100 belassen wollen. Nachvollziehbarerweise versuchte jede Seite, eine Obergrenze durchzusetzen, die den eigenen Plänen entspricht – Russland hat etwa 600 operative Trägersysteme und sein Modernisierungsprogramm visiert in etwa einem Jahrzehnt eine Stärke von etwa 400 bis 450 Trägermitteln an. Die US-Streitkräfte verfügen derzeit über fast genau 1100 einsatzbereite Trägersysteme, die die Vereinigten Staaten mit Sicherheit zu behalten versuchen werden, und sei es nur, um sie für nicht-atomare Einsätze umrüsten zu können (bei einigen ist das bereits geschehen).

Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass im Abkommen ein Kompromiss festgeschrieben wird, der die Ober-

grenze bei weniger als 1.100 ansetzt, den Vereinigten Staaten allerdings erlaubt, einige der Trägersysteme aus der Zählung des Vertrags herauszunehmen, indem sie beweisen, dass diese bereits umgerüstet wurden und atomar nicht mehr eingesetzt werden können. Damit könnten die Vereinigten Staaten 56 B-1 Bomber, die im START-Abkommen noch als einsatzbereit registriert sind, etwa 50 B-52 Bomber, 96 SLBM-Trägersysteme auf Trident U-Booten und eventuell auch noch einige andere Systeme aus dem Vertrag ausschließen. Möglicherweise wird der endgültige Vertrag eine Obergrenze von 800 bis 900 Trägersystemen auf jeder Seite festlegen. Das würde Russland wohl akzeptieren, auch wenn seine Bedenken bezüglich des *upload potentials* dadurch kaum vollständig aus dem Weg geräumt wären.

Ein weiteres Thema, das in dieser Verhandlungsrunde diskutiert wurde, hängt eng mit der Umrüstung strategischer Trägersystemen von atomaren zu konventionellen Waffen zusammen. Russland hat in diesem Zusammenhang zwei voneinander unabhängige Bedenken geäußert. Zum einen befürchtet es, der Einsatz strategischer Trägersysteme mit konventioneller Sprengladung, wie er zum Beispiel im US-*Conventional Trident Missile Program* geplant ist, könnte zu einem Missverständnis und einem Unfall führen, der einen Atomschlag auslösen könnte. Eine weitere vom russischen Militär häufig geäußerte und eher langfristige Befürchtung ist, dass die Fähigkeit der Vereinigten Staaten zu einem konventionellen Hochpräzisionsschlag für die russischen strategischen Streitkräfte ab einem gewissen Punkt eine Bedrohung darstellen könnte. Entsprechend ist Russland an einer Begrenzung der US-Fähigkeit zur Umrüstung bestehender strategischer Trägersysteme zu konventionellen Einsätzen gelegen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass diese Themen in den Verhandlungen über die Kontrolle strategischer Waffen angemessen behandelt werden können; wahrscheinlich wird das Abkommen jedoch Regelungen beinhalten, die die Durchführung einiger zusätzlicher Maßnahmen zur Transparenz der ehemals strategischen Trägersysteme erlauben.

Russland und die Vereinigten Staaten sind zwar bemüht, die Zählungsregularien des START-Abkommens zu lockern, scheinen im Allgemeinen jedoch für den Erhalt der meisten Transparenz- und Verifikationsregeln zu sein. Das könnte durchaus der wichtigste Bestandteil des zukünftigen Dokuments werden, würde er doch den durch das START-Abkommen installierten rechtlichen und institutionellen Rahmen aufrechterhalten. Diese Vereinbarungen ermöglichten es den beiden Ländern, in den letzten zwei Jahrzehnten einen wichti-

gen Kommunikationskanal offen zu halten und reduzierten die Wahrscheinlichkeit von Missverständnissen, wie sie in jenen Bereichen auftraten, die über keine vergleichbare unterstützende Infrastruktur verfügten – etwa bei taktischen Atomwaffen und Atomtests.

Abschluss vor dem 5. Dezember?

Angesichts der politischen Unterstützung, die die Verhandlungen durch die Präsidenten erfahren haben, und angesichts der bislang erzielten Fortschritte gibt es wenig Zweifel daran, dass das neue Abkommen vor dem Auslaufen des START-Abkommens am 5. Dezember 2009 unterzeichnet werden wird. Mit ziemlicher Sicherheit wird es jedoch dann noch nicht in Kraft treten, so dass die Vereinigten Staaten und Russland einen Weg werden finden müssen, um mit der dadurch entstandenen Lücke in der Regelung von Rüstungskontrolle und Abrüstung umzugehen. Eine mögliche Option, die die Unterhändler in Betracht ziehen, ist eine gemeinsame Verpflichtung beider Präsidenten, keine dem Ziel der Verträge zuwiderlaufenden Schritte zu unternehmen. Da beide Länder in ihrer Atomplanung ziemlich flexibel sind, dürften sie ihre Verpflichtungen bezüglich der Reduzierung ihrer Arsenale ohne Probleme erfüllen können. Es ist jedoch

unklar, ob ein *executive agreement* [d. h., eine Vereinbarung beider Präsidenten, die nicht durch den US-Senat ratifiziert werden würde], ausreichen würde, um das kontinuierliche Fortlaufen der Transparenz- und Verifikationsregeln zu gewährleisten – der Austausch von Daten und Inspektionen könnte sich ohne formalen Vertrag als unmöglich erweisen. Das wäre kein Problem, sollte das neue Abkommen bald in Kraft treten, der Ratifizierungsprozess könnte allerdings eine beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen – bis zu einem Jahr.

Eine bessere Alternative zu einem *executive agreement* wäre eine Verlängerung des START-Abkommens um fünf Jahre, was in Artikel XVII erlaubt wird. Eine solche Verlängerung wäre, da sie nicht durch die Legislativen der beiden Länder ratifiziert werden müsste, relativ einfach machbar. Gleichzeitig würde das START-Abkommen automatisch durch das neue Abkommen abgelöst werden, sobald dieses ratifiziert ist. Dieses wäre das beste Vorgehen, um eine Lücke zwischen zwei Rüstungskontrollverträgen zu vermeiden und die Strukturen von Transparenz und Rechenschaftspflicht beizubehalten, die mit dem START-Abkommen installiert wurden.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Pavel Podvig ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Researcher) am Center for International Security and Cooperation der Stanford University.

Lesetipps zum Themenkomplex:

- Andrew Monaghan: At the Table or On the Menu? Moscow's Proposals for Strategic Reform. Research Report. Research Division – NATO Defense College, Rome, June 2009 <http://fpc.org.uk/fsblob/1074.pdf>, 24.07.2009
- Robert Legvold: The Russia File. How to Move Toward a Strategic Partnership, in: Foreign Affairs, July/August 2009 <http://www.foreignaffairs.com/articles/65154/robert-legvold/the-russia-file>, 21.09.2009
- "U.S.-Russian relations were at a 25-year low". IP Global Edition interviews the Carnegie Moscow Center's Dmitri Trenin, in: IP • Summer • 2009 Life after the Crisis, S. 23–27
- Mikhail Tsypkin: Russian politics, policy-making and American missile defence, in: International Affairs 85.2009, Nr. 4, S. 781–799
- Sergei Karaganov; Dmitry Suslov; Timofei Bordachev: Reconfiguration, Not Just a Reset: Russia's Interests in Relations with the United States of America. Report for the meeting of the Russian-U.S. section of the Valdai International Discussion Club, Moscow, June 2009
- Thomas Graham: Resurgent Russia and U.S. Purposes. A Century Foundation Report 2009 <http://www.tcf.org/publications/internationalaffairs/Graham.pdf>, 26.06.2009
- Robert E. Kanet: From Cooperation to Confrontation: Russia and the United States since 9/11. ACDIS Occasional Paper. Research of the Program in Arms Control, Disarmament, and International Security University of Illinois at Urbana–Champaign, May 2009 <http://acdis.illinois.edu/assets/docs/434/FromCooperationtoConfrontationRussiaandtheUnitedStatesince911.pdf>, 02.06.2009

Tabelle zum Text

Internationale Verbreitung von Nuklearwaffen (Stand: März 2008)

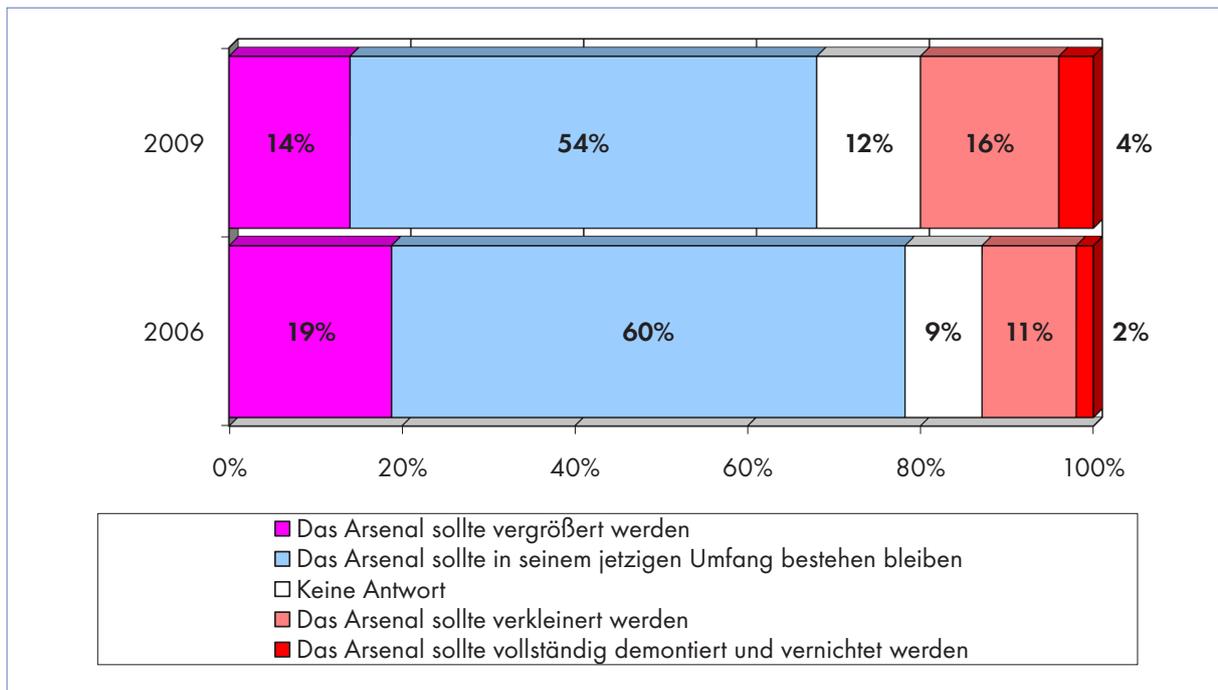
	USA	Russland	Großbritannien	Frankreich	China	Israel	Indien	Pakistan	Nordkorea	Insgesamt
Waffensysteme insgesamt	Vorhanden	5.400	14.000	~185	348+	~240	~80	~50	<10	~20.373
	Einsatzbereit	4.075	5.192	<160	348	~193	?	?	?	~9.968
Interkontinentalraketen (ICBM)	Anzahl	488	430	-	-	26	-	-	-	~944
	Sprengköpfe	764	1.605	-	-	26	-	-	?	
Kurz- und Mittelstreckenraketen (SRBM, IRBM, MRBM)	Anzahl	-	-	-	-	~100	<58	<150	-	<350
	Sprengköpfe	-	-	-	-	~100	~10	~35	?	~195
Seegestützte Raketen (SLBM)	Anzahl	288	176	48	48	-	-	-	-	~572
	Sprengköpfe	1.728	624	<144	288	(12)	-	-	-	~2.796
	U-Boote SSBN	14	(13)	4	4	(3)	-	-	-	
Strategische Bomber	Anzahl	115	79	-	-	~100	-	-	-	~294
	Sprengköpfe/Bomben	1.083	884	-	-	Bomben ~20; DH-10 LACM ~15	-	-	-	~2.002
Bei regionalen Konflikten einsetzbar (Theater Weapons)	Anzahl	325								
	Sprengköpfe/Bomben	500	2.079	ASMP 60	Bomben ~20	Bomben ~30	Bomben ~40	~25	?	~2.754

ASMP = Air-Sol Moyenne Portée, ICBM = Intercontinental Ballistic Missile, IRBM = Intermediate-Range Ballistic Missile, LACM = Land-Air Attack Cruise Missile, MRBM = Medium Range Ballistic Missile, SLBM Sea-Launched Ballistic Missile, SRBM = Short Range Ballistic Missile, SSBN = Nuclear Powered Ballistic Missile Submarine
 Quelle: <http://www.fas.org/nuke/guide/summary.htm>, 4.10.2009

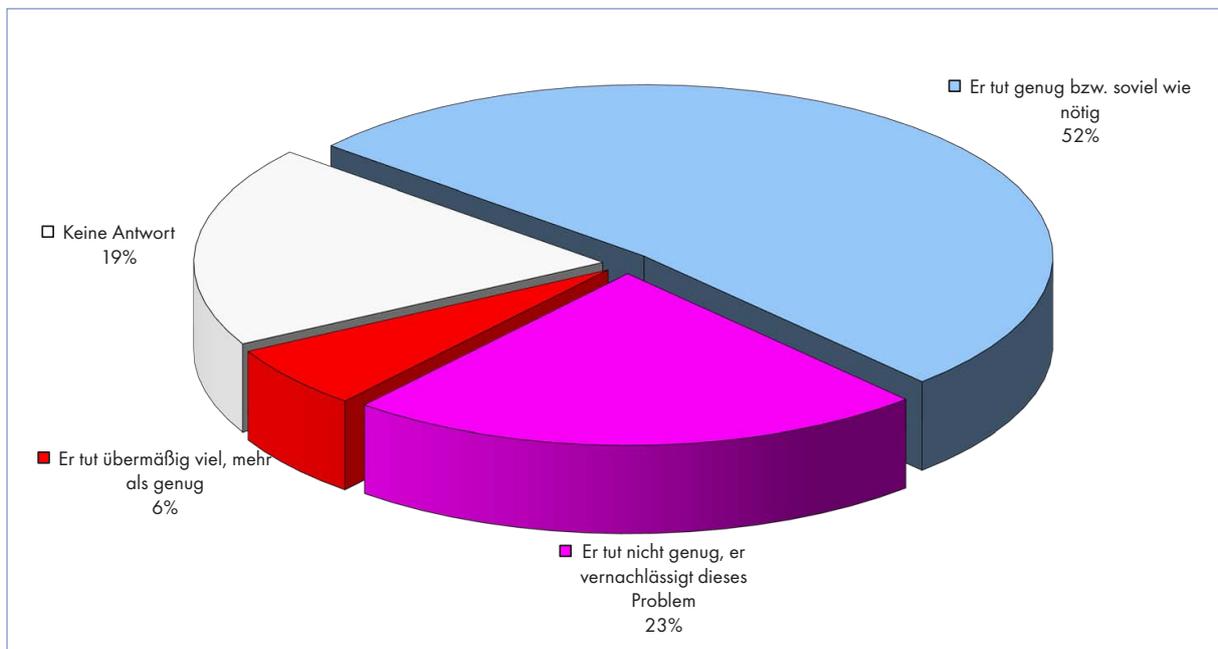
Umfragen

Wie denken Sie über das atomare Arsenal Russlands?

Wie sollte Russland in der nächsten drei bis fünf Jahren mit seinem Nukleararsenal verfahren?



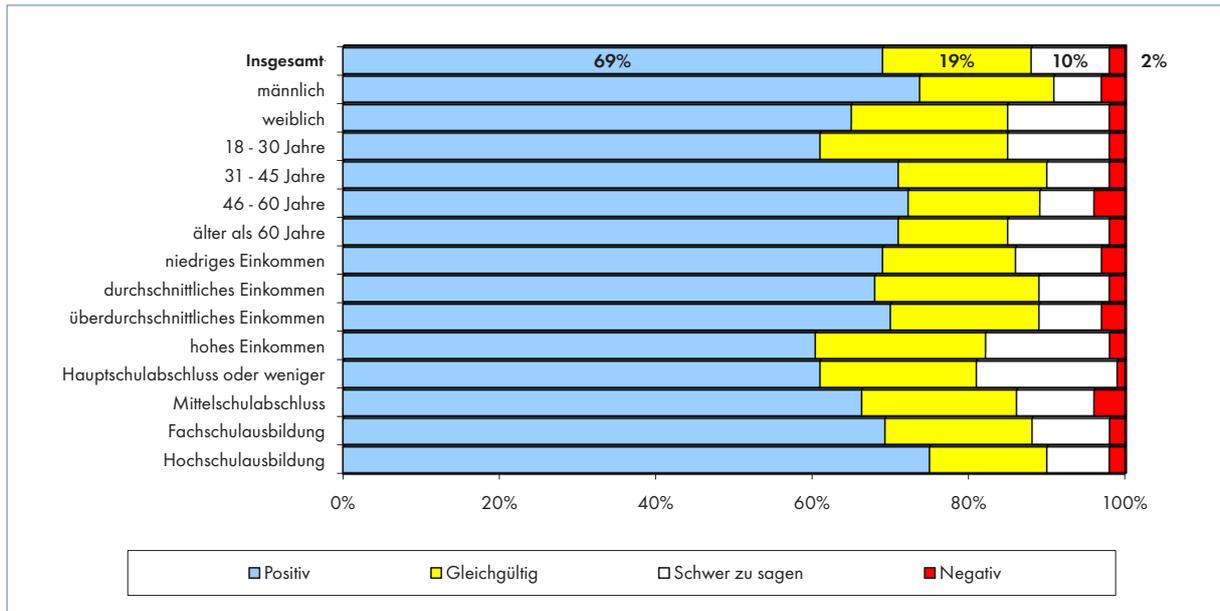
Tut unserer Staat Ihrer Ansicht nach zur Zeit genug, um die Kampffähigkeit der strategischen Nuklearkräfte zu erhalten?



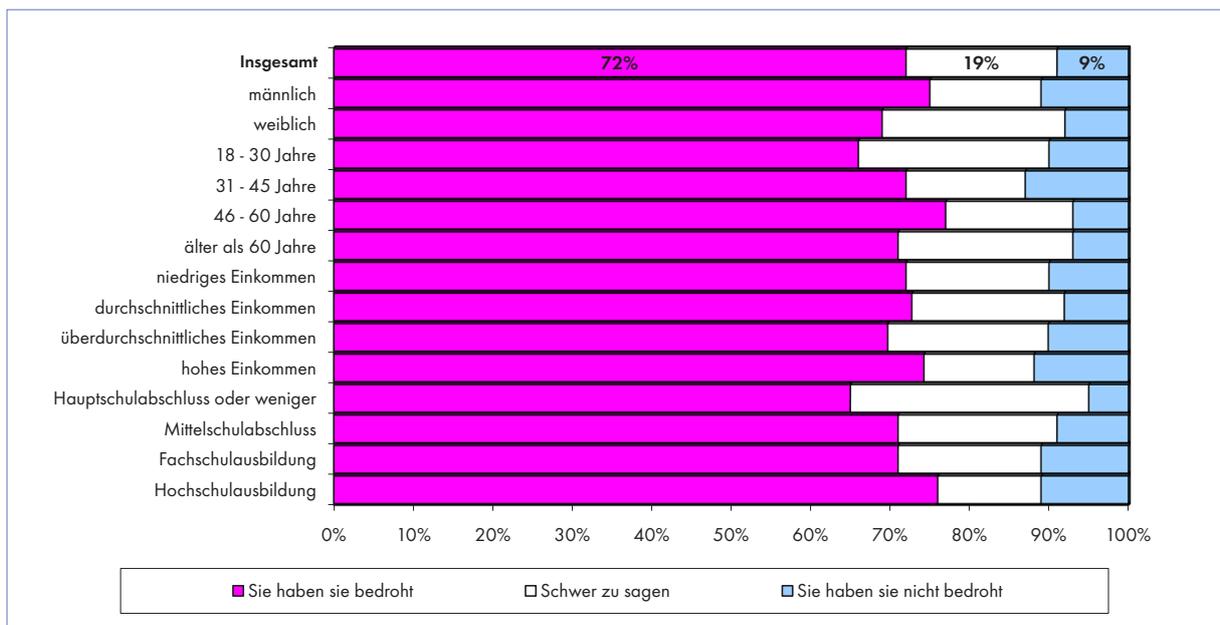
Quelle: Umfrage des WZIAM vom 22.-30.08.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12459.html>

Der Verzicht auf die Aufstellung der Raketenabwehr und die russisch-amerikanischen Beziehungen

Wie stehen Sie zum Verzicht der USA auf die Pläne zur Aufstellung eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa?

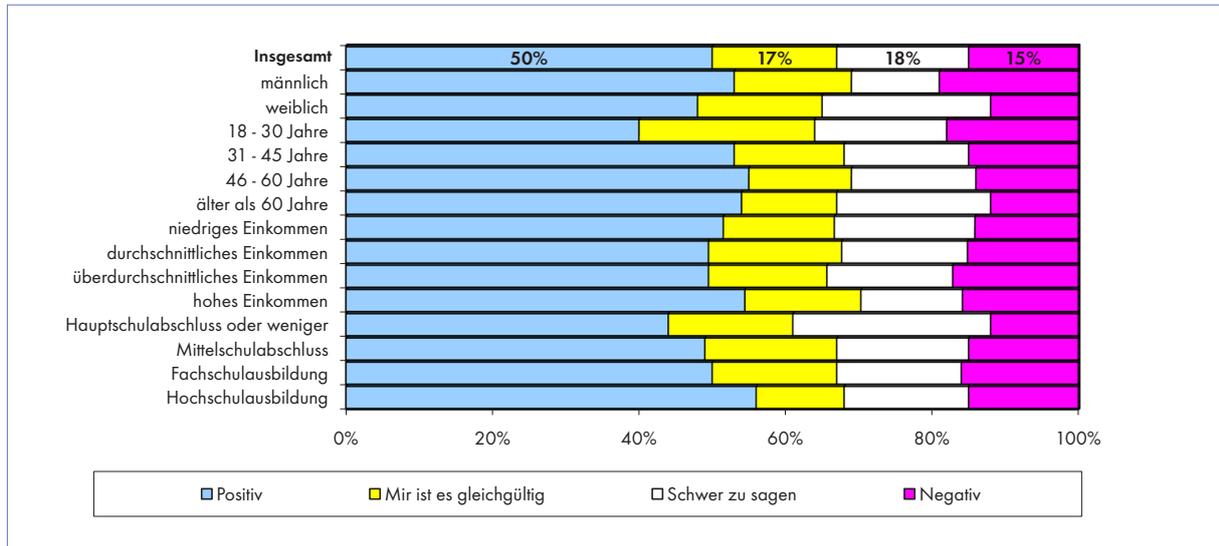


Haben die Pläne der USA, in Osteuropa Raketenabwehrsysteme aufzustellen, die Interessen Russlands bedroht?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom September 2009
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0939/d093913>

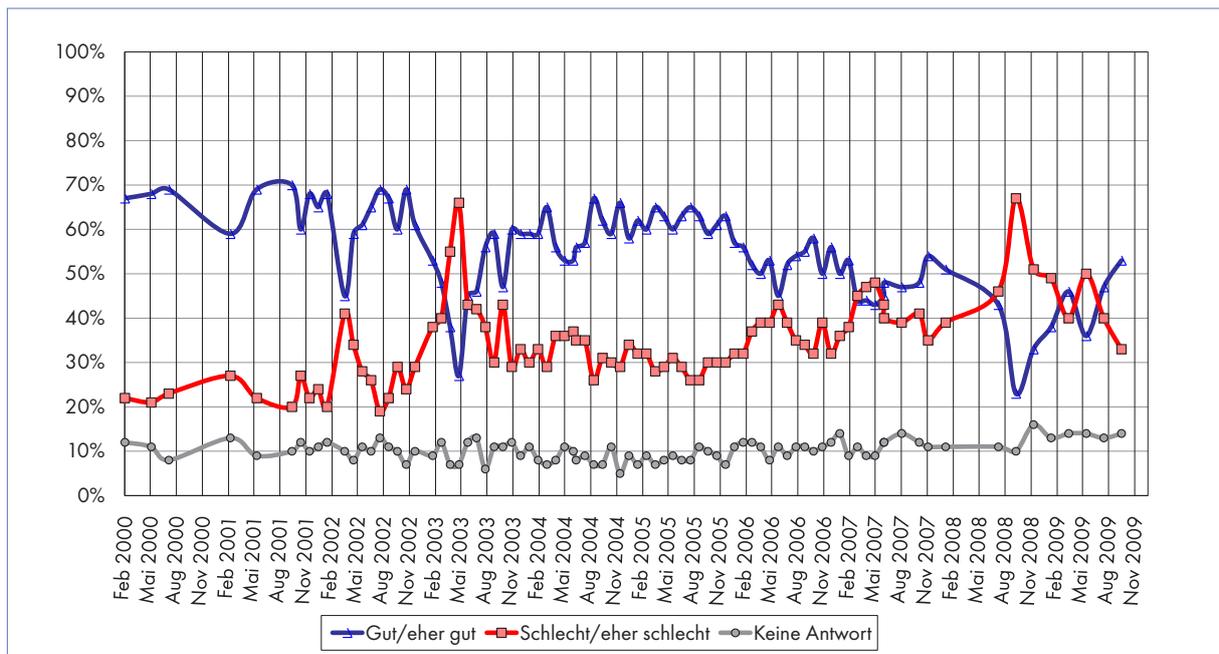
Wie stehen Sie dazu, dass die russische Regierung darauf verzichtet, im Bezirk Kaliningrad »Iskander«-Raketen aufzustellen?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom September 2009
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0939/d093913>

Die Beziehungen zu den USA

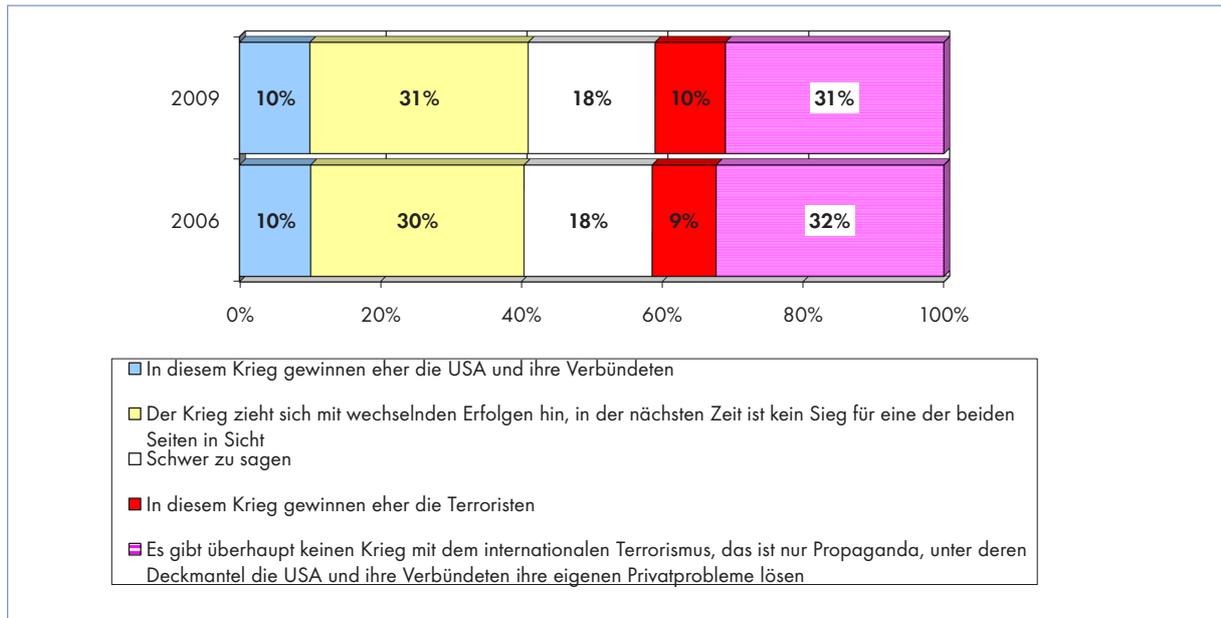
Wie stehen Sie zu den USA? (Umfragen des Lewada-Zentrums)



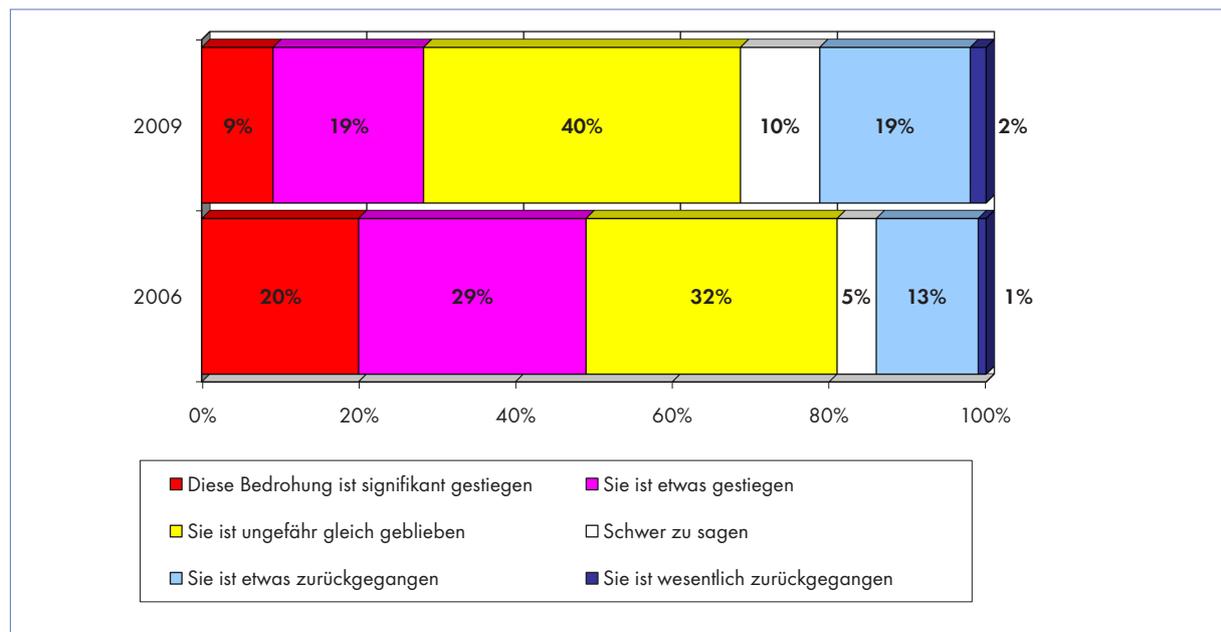
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt September 2009
<http://www.levada.ru/press/2009013001.htm>;
<http://www.levada.ru/press/2009081102.html>;
<http://www.levada.ru/press/2009100100.html>

Die USA und der Krieg gegen den Terror

Wie würden Sie das vorläufige Ergebnis des Krieges gegen den Terror bewerten?

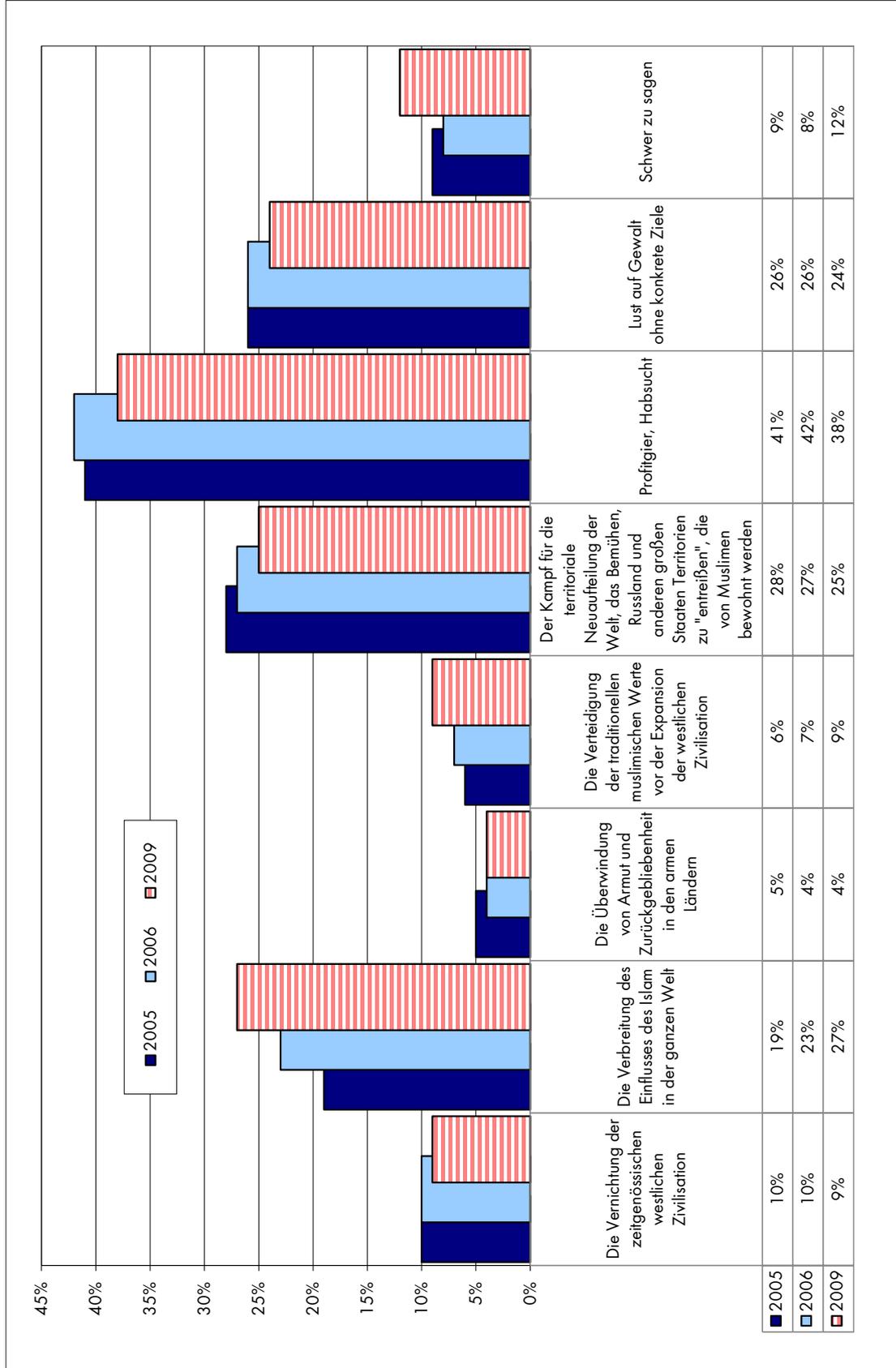


Ist die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus gestiegen?



Quelle: Umfrage des WZIAM vom 22.–30.08.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12423.html>

Welche Ziele verfolgt der internationale Terrorismus Ihrer Meinung nach tatsächlich?



Quelle: Umfrage des WZIAM vom 22.-30.08.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12423.html>

Dokumentation

Aufklärung der politischen Morde – Für ein rechtsstaatliches Russland!

Gemeinsame Erklärung russischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen zum dritten Jahrestag der Ermordung von Anna Politkowskaja

Vor drei Jahren, am 7. Oktober 2006, wurde Anna Politkowskaja in Moskau ermordet. Die Tat ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Freisprüche von mutmaßlichen Mittätern sind aufgehoben und neue Ermittlungen angeordnet worden. Der mutmaßliche Mörder ist auf der Flucht; seine Auftraggeber sind unbekannt.

Heute müssen wir feststellen, dass Anna Politkowskajas Tod nur der Beginn einer neuen Serie von politischen Morden war:

- 21.11.2007: Attentat auf den Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Farid Babajew, der am 23.11. an den Folgen des Attentats verstirbt.
- 31.08.2008: Der Journalist Magomed Jewlojew wird im Polizeigewahrsam erschossen.
- 19.01.2009: Auf offener Straße in Moskau werden der Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastasija Baburowa ermordet.
- 15.07. 2009: Die Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa wird erschossen.
- 11.08.2009: Die Leiterin einer Hilfsorganisation für Kinder und Jugendliche, die in den tschetschenischen Kriegen verletzt wurden, Sarema Sadulajewa und ihr Ehemann werden ermordet.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Alle Fälle sind weder umfassend aufgeklärt noch geahndet.

Alle Mordopfer hatten eines gemeinsam: Sie haben sich für ein gerechtes und friedliches Gemeinwesen engagiert. Als Journalisten, Anwälte, Menschenrechtlerinnen. Gegen die Interessen der Mächtigen, Gewalt und Willkür. Deswegen haben sie Todesdrohungen erhalten. Alles spricht dafür, dass sie deswegen hingerichtet worden sind. Sie strebten nicht danach, zu Helden zu werden. Ihre Mörder haben sie zu Märtyrern des Kampfes um den Rechtsstaat gemacht.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, versprechen, dass wir nicht aufhören werden, uns für die Werte und Ziele einzusetzen, denen sich die Ermordeten verpflichtet fühlten. Die politischen Morde müssen beendet und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Dafür werden wir gemeinsam – jeder an seinem Ort – eintreten. Diese Arbeit kennt keine Grenzen. Wir sind Gleichgesonnene und Verbündete in unserer Arbeit für die Menschenrechte. Wir unterstützen einander und treten solidarisch für den Schutz derer ein, die heute Hilfe bedürfen.

Das ist unsere Antwort auf die brutale Gewalt, deren Opfer wir heute beklagen.

Moskau und Berlin, am 6. Oktober 2009

Russische Nichtregierungsorganisationen:

Menschenrechtszentrum Memorial

Internationale Gesellschaft Memorial

Komitee Zivile Unterstützung

Zentrum zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten

Stiftung »Public Verdict«

Zentrum für Information und Analyse »Sowa«

Youth Human Rights Movement

Moskauer Helsinki-Gruppe

Allrussische Bewegung »Für Menschenrechte«

Deutsche Nichtregierungsorganisationen:

Aktion Sühnzeichen Friedensdienste e.V.

Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Deutscher Anwaltverein e.V.

Deutsch-Russischer Austausch Berlin e.V., Berlin

Europäischer Austausch gGmbH

Memorial Deutschland e.V.

Reporter ohne Grenzen e.V.

Journalistenverband Berlin-Brandenburg - Landesverband des DJV

Chronik

Vom 24. September bis zum 8. Oktober 2009

24.9.2009	In Petersburg blockieren mittelständische Geschäftsleute den Konvoi der Gouverneurin Valentina Matvienko. Die Geschäftsleute fordern einen Dialog mit der Stadtverwaltung, um einen Niedergang des Mittelstandes zu stoppen.
24.9.2009	In Machatschkala (Dagestan) kommt es bei einer Verkehrskontrolle zu einem Feuergefecht. Drei Untergrundkämpfer und ein Polizist werden getötet, ein Polizist wird verletzt.
25.9.2009	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt am Gipfeltreffen der G-20 in Pittsburgh teil. In bilateralen Gesprächen erörtert er u. a. mit Bundeskanzlerin Angela Merkel das iranische Nuklearprogramm.
25.9.2009	In Moskau beginnt der Prozess, den der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow gegen den Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation Memorial, Oleg Orlow, wegen Verleumdung angestrengt hat. Orlow hatte Kadyrow mit dem Tod von Natalja Estemirowa in Verbindung gebracht.
27.9.2009	Präsident Dmitrij Medwedew gratuliert Angela Merkel zum Wahlsieg.
27.9.2009	In Moskau wird Alimsultan Alchamatow, der amtierende Verwaltungschef des Chasawjurt-Bezirks (Dagestan) von Unbekannten erschossen. Etwa zur selben Zeit wird in Dagestan Alimsultan Atujew, der Stellvertretende Leiter der Kriminalabteilung des dagestanischen Innenministeriums, ermordet.
28.9.2009	Präsident Dmitrij Medwedew spricht vor Teilnehmern an der Operativ-strategischen Übung »Zapad-2009«, die vom 8.–29. September in Belarus und Westrussland läuft.
29.9.2009	Präsident Dmitrij Medwedew und sein belorussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko besichtigen die Stäbe und Verbände, die an der Operativ-strategischen Übung »Ladoga 2009« teilnehmen. »Ladoga 2009« begann im August und erstreckte sich über Nordrussland und den Raum Belarus.
29.9.2009	Es wird bekannt, dass in Jekaterinburg Valerij Schuchardin, ein Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist, wegen Angriffs auf einen Polizeibeamten verhaftet wurde. Ljudmila Aleksejewa, die Vorsitzende der Moskauer Helsinki Gruppe, geht von einer Polizeiprovokation aus.
30.9.2009	Die »Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia«, die von Botschafterin Heidi Tagliavini geleitet wird, legt ihren Bericht über die Ursachen des Russisch-georgischen Krieges im August 2008 vor http://www.ceiig.ch/Report.html . Die Kommission, die im Auftrag der EU arbeitete, stellt fest, dass der Angriff am 7./8. August von Georgien ausging, kritisiert aber auch die russische Überreaktion bei der Bombardierung des georgischen Hinterlandes und erörtert die Vorgeschichte des Konflikts.
30.9.2009	Die russische Regierung teilt mit, sie werde keine Waffensysteme vom Typ »Iskander« in Kaliningrad stationieren.
1.10.2009	Der Europarat erörtert eine Anfrage von 72 Abgeordneten, die Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation daraufhin zu überprüfen, ob Russland die Kernforderungen der Versammlung aus den zwei Entschlüssen zum Georgienkrieg erfüllt hat.
2.10.2009	Im Bezirk Chasawjurt (Dagestan) werden im Lauf einer Spezialoperation drei Untergrundkämpfer von den Sicherheitskräften getötet.
2.10.2009	In Südosstschetschenien töten Sicherheitskräfte während einer breiter angelegten Operation sieben Untergrundkämpfer.
3.10.2009	»Rostechнадзор«, die russische Aufsichtsbehörde für technische Anlagen, Umwelt und Nuklearanlagen, legt einen Bericht über die Ursachen für den Kraftwerksunfall im Sajano-Schuschenskoj GES (Chakasien) vor http://kp.ru/daily/24371/554100/ . Darin wird u. a. der langjährige Vorstandsvorsitzende des Strommonopolisten EES Rossii, Anatolij Tschubajs, für Missstände im Kraftwerk verantwortlich gemacht.
5.10.2009	Die Familien der Besatzung des Frachters »Arctic Sea« wenden sich an Ministerpräsident Wladimir Putin mit der Bitte, ihre Angehörigen nach Hause zu bringen. Nach Angaben des Offenen Briefes besteht seit 74 Tagen eine Informationssperre und die alte Besatzung wird noch auf der »Arctic Sea« festgehalten.
5.10.2009	Der inguschische Präsident Junus-Bek Jewkurow entlässt seine gesamte Regierung wegen »unzureichender Leistungen«.

6.10.2009	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt Eva Wasilewskaja zur Leiterin der Referentur. Sie löst damit Dshachan Pollyewa ab, die als Hauptredenschreiberin galt.
6.10.2009	Das Bezirksgericht des Twersker Bezirks in Moskau weist die Klage von Irina Fedotowa-Fet und Irina Schipitko ab, denen das Standesamt die Eheschließung verweigert hatte. Das Gericht vertritt den Standpunkt, dass nach russischem Recht eine Ehe nur zwischen Partnern verschiedenen Geschlechts geschlossen werden könne.
6.10.2009	Das Bezirksgericht des Twersker Bezirks in Moskau verurteilt die Menschenrechtsorganisation Memorial und Oleg Orlow, ihren Vorsitzenden in Grosny, wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 70.000 Rubel (2.300US\$). Oleg Orlow hatte Ramsan Kadyrow mit den Morden an Menschenrechtlern in Verbindung gebracht.
6.10.2009	50 Mitarbeiter der Abteilung für Steuervergehen der Moskauer Sicherheitsbehörden durchsuchen das Moskauer Büro der österreichischen Baufirma STRABAG im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Steuerhinterziehung.
7.10.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin empfängt führende russischen Schriftsteller, darunter Valentin Rasputin, Boris Akunin, Andrej Bitow, Alexander Kabakow, Jurij Poljakow, Sergej Lukjanenko und Alexander Archangelskij.
7.10.2009	In einem Brief an Präsident Dmitrij Medwedew bitten die Moskauer Menschenrechtler Ljudmila Aleksejewa, Swetlana Gannuschkina und Lew Ponomarew, den Journalisten Alexander Podrabinek vor Belästigungen durch die kremlnahe Jugendorganisation »Naschi« zu schützen. Podrabinek hatte Veteranen, die gegen einen Imbiss mit dem Namen »Antisowjetskaja« vorgingen, in Zusammenhang mit den Stalinschen Verbrechen gebracht und wird seitdem durch die Jugendorganisation verfolgt.
8.10.2009	Arkadij Jedelew, Generaloberst der Polizei und Stellvertretender russischer Innenminister, der an der Spitze des Operativen Stabs für Tschetschenien steht, teilt mit, dass die Führung des Stabes an Alexander Sulimow, den Leiter des Inlandsgeheimdienstes FSB in Tschetschenien, übergeht.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Veranstaltungshinweis

Russland-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



09. Oktober 2009, Stuttgart

Russland: Zoll, Zertifizierung und Logistik

Der deutsche Export nach Russland wurde hart durch die Wirtschaftskrise getroffen. Mittlerweile zeichnet sich jedoch auch in Russland das Ende der Rezession ab. Zu den größten Schwierigkeiten, auf die deutsche Exporteure beim Handel mit Russland stoßen, gehört aber weiterhin der Zoll. Um Probleme beim Grenzübertritt möglichst zu vermeiden, ist es notwendig, die aktuellen Abläufe zu verstehen, sie korrekt einzuschätzen und sich richtig vorzubereiten. Unsere Veranstaltung in Stuttgart informiert über die gegenwärtigen Anforderungen und Änderungen im russischen Zollrecht und Zollwesen. Profitieren Sie von den Informationen und Erfahrungen unserer deutschen und russischen Referenten aus der Praxis. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft kooperiert bei dieser Veranstaltung mit der IHK Region Stuttgart und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer Filiale Nordwest in St. Petersburg.

Eduard Kinsbruner

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Breite Straße 29

10178 Berlin

Tel: 030 206167-122

Fax: 030 2028-2476

E-Mail: E.Kinsbruner@bdi.eu

www.ost-ausschuss.de

25. – 31. Oktober 2009, Omsk und Barnaul, Russische Föderation

Unternehmerreise in die sibirischen Regionen Omsk und Barnaul

Im Rahmen des Programms des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Erschließung von Kooperationsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen im Ausland organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in Kooperation mit der COMMIT GmbH vom 25. – 31. Oktober 2009 eine Unternehmerreise in die sibirischen Regionen Omsk und Barnaul. Die Regionen Omsk und Barnaul liegen im südlichen Sibirien an der Grenze zu Kasachstan. Durch die Präsenz von Großunternehmen gehört Omsk zu den wirtschaftlich stärksten Regionen des sibirischen Föderalkreises, wo die Erdölverarbeitung und die Energiewirtschaft einen großen Anteil an der Wirtschaftsleistung einnehmen. Daneben sind zahlreiche Unternehmen aus den Bereichen Maschinenbau, chemische Industrie, Textil- und Nahrungsmittelindustrie vertreten. Die Region Altai (Altaiski Kraj) mit der Hauptstadt Barnaul verfügt über eine gut entwickelte chemische Industrie, auf die etwa ein Viertel der regionalen Produktion entfällt. Ein weiteres Viertel verbucht die Landwirtschaft, die zusammen mit Lebensmittelverarbeitung und Landmaschinenbau einen regionalen Schwerpunkt bildet.

Gabriele Pfeifer

Projektleiterin Russland und Belarus

COMMIT Project Partners GmbH

Kastanienallee 71

10435 Berlin

Tel.: 030 2061 648-31

Fax: 030 2061 648-10

E-Mail: g.pfeifer@commit-group.com

www.commit-group.com

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de